

Videoüberwachung des Ministeriums der Finanzen

Nachgelagertes Hinweisblatt nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung
Stand: 23.04.2024

	<p>Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:</p> <p>Ministerium der Finanzen Kaiser-Friedrich-Str. 5 55116 Mainz Tel. 06131-160 E-Mail: poststelle@fm.rlp.de Website: www.fm.rlp.de</p>
<p>Achtung Videoaufzeichnung!</p>	<p>Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:</p> <p>Dr. Dennis Oswald Ministerium der Finanzen Tel. 06131 16-4363 datenschutz@fm.rlp.de</p>
<p>Betriebszeiten: rund um die Uhr</p>	<p>Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung: Wahrnehmung des Hausrechts § 21 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Landesdatenschutzgesetz</p>
<p>Speicherdauer: 7 Tage</p>	<p>Berechtigte Interessen, die verfolgt werden: Zutrittskontrolle, Vermeidung von Vandalismus</p>
<p>Sie finden diese Informationen zusätzlich im Internet unter https://fm.rlp.de/ueber-uns/datenschutz</p>	

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Rheinland-Pfalz ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Prof. Dr. Dieter Kugelmann
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: 06131 8920-0
Telefax: 06131 8920-299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de